

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12

## Inhalt

Walter Momper zum  
Ergebnis der Berliner  
Bezirkswahlen: Auch  
ein Signal gegen Kohl.

Seite 1

Gerhard Schmid MdEP  
zur Auszeichnung des  
Präsidenten der EG-  
Kommission mit dem  
Karlspreis: Respekt-  
voller Glückwunsch an  
Jacques Delors.

Seite 2

Horst Peter MdB zur  
neuen Berufsverbots-  
politik in den ostdeut-  
schen Ländern: Den  
Rechtsstaat nicht durch  
den Einheitsprozeß be-  
schädigen. (Teil I)

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB  
zu den ersten Parla-  
mentswahlen in Bur-  
kina Faso: Die Demo-  
kratie-Probe steht noch  
bevor.

Seite 5

47. Jahrgang / 99

25. Mai 1992

### Auch ein Signal gegen Kohl

Zum Ergebnis der Berliner Bezirkswahlen

Von Walter Momper  
SPD-Landesvorsitzender in Berlin

Die großen Parteien stehen im Moment unter ziemlichem Druck - das spiegelt sich auch in diesem Ergebnis wider. Die großen Parteien sind gehalten, sich nachdenklich mit der Legitimation von Politik und Parteien in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen. Die Berliner SPD kann insgesamt zufrieden sein, denn im Vergleich zum 2. Dezember 1990 - was als einzig vernünftige Vergleichsgröße herhalten kann - haben wir unsere Position leicht verbessert. Das ist angesichts der Voraussetzungen keine Selbstverständlichkeit. Die Voraussetzungen lassen sich mit drei Hinweisen umreißen:

- Große Koalition mit mangelnder Polarisierung;
- großer Problemdruck in der Stadt unter sehr schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen;
- Wahlergebnis in Baden-Württemberg als Hintergrund.

Die SPD ist die stärkste politische Kraft in der Stadt, auch wenn wir uns mit dem erreichten Stand als Volkspartei nicht zufriedengeben können.

Es ist gelungen, das Ergebnis der Reps in Grenzen zu halten. 8,3 Prozent sind immer noch zuviel, aber im Verhältnis zu Baden-Württemberg haben wir den Höhenflug der Reps etwas abbremsen können. Das ist auch für das Ansehen Berlins im Ausland wichtig. Wir dürfen das Problem nicht verharmlosen, aber angesichts der zweistelligen Ergebnisse der Reps in Baden-Württemberg ist die prognostizierte Zweistelligkeit in Berlin trotz unvergleichlich komplizierterer Situation nicht eingetreten.

Die CDU hat ein verheerendes Ergebnis eingefahren, weil sie erstens gegenüber 1990 13 Prozent verloren hat und zweitens im Ostteil der Stadt mit unter 14 Prozent eine erschreckend schwache Rolle spielt. Das ist auch ein Signal gegen Kohl. Die Menschen sind mit der unsocialen Politik nicht einverstanden. Die Ergebnisse für Reps und PDS zeigen auch: Es war eine Wahl der sozialen Sorge.

Die SPD hat als einzige Partei ein homogenes Wahlergebnis in der ganzen Stadt, in Ost und West etwa gleich. Die CDU ist im Westen stark, die PDS kommt nur im Osten vor, auch bei der FDP differenziert es sich West/Ost. Auch Bündnis 90 und Grüne sind noch nicht zu einer Partei zusammengewachsen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlicher  
auswortschaftlicher  
Recycling-Papier



Das heißt: Die SPD wird von allen Berlinerinnen und Berlinern in beiden Teilen der Stadt gleich akzeptiert. Die Zukunft gehört nur den Parteien, denen dieses ebenso gelingt. Da haben wir einen strategischen Vorsprung.

Die große Koalition in Berlin muß nun Handlungsfähigkeit zeigen und die Signale des gestrigen Wahltages verstehen: Soziale Gerechtigkeit und politische Handlungskompetenz müssen hergestellt werden.

(-/25. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Respektvoller Glückwunsch an Jacques Delors**  
**Zur Auszeichnung des Präsidenten der EG-Kommission mit dem Karlspreis**

**Von Gerhard Schmid MdEP**  
**Vorsitzender der SPD-Europa-Abgeordneten**

Am 28. Mai wird in Aachen der Internationale Karlspreis verliehen. Der diesjährige Preisträger ist der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors. Die deutschen Sozialdemokraten und ganz besonders die SPD-Europaabgeordneten gratulieren diesem Staatsmann ohne Staat.

Wir gratulieren voller Respekt, denn einen würdigeren Preisträger kann man sich gegenwärtig kaum vorstellen. Nahezu alle Fortschritte der EG in den Jahren seit seiner Amtsübernahme gehen auf seine Initiativen und Ideen, seine Tatkraft und Beharrlichkeit zurück. Mit seinem Namen ist das Projekt Binnenmarkt verbunden, das nun vor der Vollendung steht. Er hat die Einheitliche Akte, die für wirksamere Entscheidungsprozesse in den Organen der EG sorgte, vorgebracht. Sein Name steht für wirksame Finanzreformen. Und letztlich hat er einen großen Anteil daran, daß der deutsche Einigungsprozeß europäisch integriert wurde. Als er sein Amt antrat, analysierte die politische Welt den Stillstand in Europa als Eurosklerose; inzwischen hat Jacques Delors Rezept gewirkt: Die Europäische Gemeinschaft hat zunehmend den ihr zukommenden Platz in der Welt eingenommen.

Wir gratulieren mit Stolz. Denn mit Jacques Delors wird ein Mann ausgezeichnet, der nie einen Zweifel aufkommen läßt, daß er Sozialist, oder eher in unserem Verständnis Sozialdemokrat, ist. Und zwar bei Leibe keiner, der ein Parteibuch besitzt, weil es der Karriere nutzt. Nein, unser Freund Jacques Delors begründet seine politische Heimat, ethisch. Für ihn ist die Sozialdemokratie die gestaltende Kraft Europas. Er schreibt ihr die Begriffe Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung auf sein Panier. Und genau dies sind auch seine Orientierungen, die der sozialistische Katholik offensichtlich für seine Amtsführung ausgewählt hat.

Wir gratulieren Jacques Delors. Denn er zählt (ohne Anklammerung) zu uns. Zu uns Europaabgeordneten. Auch wenn die offizielle Begründung des Karlspreis-Komitees seinen Einstieg in die Europapolitik als Mitglied der Sozialistischen Fraktion im ersten direktgewählten Europäischen Parlament 1979 außer acht läßt. (Typisch möchte man sagen.) Dort hat sich unser Kollege Jacques Delors rasch als spiritus rector erwiesen. Er sammelte regelmäßig junge Abgeordnete aus den Partnerländern um sich, um mit ihnen über die Tagesordnung hinaus Pläne und Visionen zu entwickeln. Heute können wir sagen: Vieles was damals als Utopie erschien, ist inzwischen Wirklichkeit. Wir haben ihm zu danken.

(-/25. Mai 1992/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Den Rechtsstaat nicht durch den Einheitsprozeß beschädigen (Teil I)**  
**Zur neuen Berufsverbotspolitik in den ostdeutschen Ländern**

Von Horst Peter MdB

I.

Daß niemand wegen seines politischen Engagements beruflich benachteiligt werden darf, diese Überzeugung gehört zum Kernbestand meines politischen und gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. Dieses der Aufklärung und den Menschenrechten verpflichtete Gleichheitsprinzip war Teil der politischen und gewerkschaftlichen Identität der GEW in der bundesdeutschen Berufsverbote-Auseinandersetzung der 70 und 80er Jahre. Auf diesem Prinzip basiert das Übereinkommen 111 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), das in dieser Auseinandersetzung eine wichtige juristische Rolle spielt.

Angesichts der Entwicklung in den neuen Ländern in den letzten Monaten rufe ich zu demokratischer Wachsamkeit und republikanischem Engagement auf - und zu demokratischer Ungeduld gegenüber den Behörden in den neuen Ländern, die eine neue Berufsverbotspolitik mit erheblichen Rückgriff auf Traditionsbestände des Stalinismus im Osten und der Reaktion im Westen praktizieren. Der Rechtsstaat darf auch durch den Einheitsprozeß nicht beschädigt werden - auch wenn einige Stimmen in den neuen Ländern meinen, es müsse kurzer Prozeß gemacht werden und westdeutsche Rechtsstaatssorgfalt sei in den neuen Ländern nicht vermittelbar. Deshalb: "Wehret den Anfängen". Schon vor der Inkraftsetzung der Ministerpräsidentenbeschlüsse warnte Herbert Wehner 1971 vor den Folgen einer Berufsverbotspolitik für die deutsche Demokratie: "Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitliche Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen ... Wer nur noch die Alternative zwischen Unfreiheit und kontingentierter Halbfreiheit oder Dreiviertelfreiheit zu bieten hat, der hat in Wahrheit schon verloren."

Die GEW und die anderen DGB-Gewerkschaften fordere ich auf, mit der hohen Intensität, mit der sie in die westdeutsche Berufsverboteauseinandersetzung eingegriffen haben, das Thema "Berufsverbote in den neuen Ländern" aufzugreifen. Ich sehe die GEW als gewerkschaftliche Fachorganisation der Lehrerschaft in der Pflicht, die von der neuen Berufsverbote-welle betroffenen Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern politisch, gewerkschaftlich und juristisch unterstützen.

II.

Existenzielle Verunsicherung kennzeichnet die Lehrerschaft in den neuen Ländern. Von den Lehrern wird eine pädagogische Neuorientierung erwartet. Neue Stoffe sollen mit neuen Formen in neuen Strukturen gelehrt werden. Marxismus-Leninismus und Staatsbürgerkunde sind obsolet, die Fachlehrer überflüssig. Das pädagogische Personal soll in erheblichem Umfang reduziert werden. Dabei kennt niemand die exakte Zahl der in der DDR-Zeit beschäftigten Lehrer, noch kennt jemand den exakten Lehrerberuf. Dafür kannte die DDR 60 verschiedene Möglichkeiten, Lehrer zu werden. Die sächsische Landesregierung zum Beispiel nennt die Zahlen 35.000, 40.500 und 42.000. Die GEW hält 44.000 für notwendig. Entlassen werden sollen 10.000 von wahrscheinlich 52.000. 1.400 wurden in Sachsen schon in den Ruhestand versetzt, 3.800 erhielten bisher das Kündigungsschreiben, in Sachsen-Anhalt 6.000. In diesen Tagen erhalten 4.000 in Mecklenburg-Vorpommern, 5.000 in Sachsen, 3.000 in Thüringen ihre Kündigung. In Brandenburg sind bisher 1.000 Lehrer betroffen. In Sachsen führen mit gewerkschaftlichen Rechtsschutz 2.723 Pädagogen und Wissenschaftler Kündigungsschutzprozesse.

Unter dem weiten Mantel der aus fiskalischen und strukturellen Gründen für notwendig angesehenen Personalreduzierungen und der Entfernung Stasi-Belasteter aus dem öffentlichen Dienst scheinen die neuen Länder eine harte Berufsverbotepolitik zu exekutieren. Denn die Entlassungsnorm soll mit den politisch belasteten ("persönlich ungeeignet"), den nicht ausreichend qualifizierten ("fachlich ungeeignet") und den nach der Wende in den Schuldienst zurückversetzten Führungskadern erreicht werden.

Es sei zwar nicht zu bestreiten, so "DIE ZEIT" (Dieter E. Zimmer, Rausschluß nach Bedarf, 29. November 1991), daß Sachsen rechtsstaatlich verfährt, "aber es ist das harte Minimum an Rechtsstaatlichkeit". Sachsen vermische die "politischen" mit den "fachlichen" Fällen und belde "höchst ungut" mit der Bedarfsfrage. Zitiert wird ein ostdeutscher Lehrer: "Die da oben müssen einfach ihr Rausschlußsoll erfüllen. Da werden nach Bedarf Fallgruppen konstruiert, und dann fliegen wir". Zimmer beschreibt die Situation einer Kollegin, die als Freundschaftsspionierleiterin in die Gruppe der fachlich ungeeigneten Lehrer eingeordnet wurde, obwohl sie die notwendige Fächerzahl nachweisen kann: "Warum man sie trotzdem entlassen hat, ob irgendein Zertifikat doch nicht anerkannt wurde, ob vielleicht ganz andere Gründe eine Rolle spielten, ob es überhaupt bestimmte Gründe gab, weiß sie bis heute nicht. .. Das Ganze muß ihr allerdings als eine Neuauflage dessen erscheinen, was es im alten Staat so reichlich gab: administrative Willkür." Rechtsstaatliche Mängel in Serie: keine Einzelfallprüfungen, nichtbewiesene Pauschalvorwürfe, keine Anhörung der Personalräte, Nichtanfertigung von Protokollen. Das ist die alptraumartige Wirklichkeit unseres Rechtsstaates.

- o Das Arbeitsgericht Leipzig widersprach im Fall einer gekündigten STBK/Geschichtslehrerin der Ansicht, daß DDR-Geschichtslehrern "die Fähigkeit, einen den jetzigen Anforderungen genügenden Unterricht zu erteilen, .. von vornherein abgesprochen" werden kann. Das Gericht monierte die fehlende umfassende Einzelfallprüfung. Eine Anhörung sei im Gegensatz zu einer Überhörung während des Unterrichts nicht zur Feststellung der Qualifikation geeignet. Andere nachprüfbare Tatsachen fehlten.
- o Das Gericht widersprach auch der Ansicht der Landesregierung, der Einheitsvertrag habe nicht überprüfbares Sonderrecht geschaffen und die Gerichte hätten deshalb Verwaltungsentscheidungen zu tolerieren. Die "Mitwirkung des Personalrates gefährde nicht die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion". Bezweifelt wurde vom Land Sachsen die persönliche Eignung eines Rektors, der 1981-85 Schulinspektor gewesen war. Diese Zweifel, ob er zur freiheitlichen Grundordnung erziehen könne, gründeten sich in dem hohen Maß an "Identifikation mit den Zielen der SED und deren besondere Unterstützung", zu dem ihn seine Position verpflichtet habe. Das Gericht lehnte die Kündigung ab, weil die Kündigung und die Zukunftsprognose ausschließlich auf "die objektive Funktion des Klägers .. in der Vergangenheit" abstelle und keine Einzelfallprüfung vorgenommen wurde. Es werde unterstellt, nicht bewiesen, Mitgliedschaft und Meinung würden bestraft, nicht Taten.
- o Als schöpferische ostdeutsche Weiterentwicklung der VS-Regelanfrage - und des altdautschen Adenauer-Fragebogens - präsentiert sich der sächsische "Stasi"-Fragebogen mit der kargen Überschrift "Erklärung", der innerhalb kürzester Frist zurückzugeben ist und einer generellen Befragung mit dem Druck zur Selbstbezichtigung gleichkommt. Auch hier werden die Mitbestimmungsrechte der Personalräte verletzt. Die Rechtsposition des sächsischen Kultusministers, die Beantwortung des Fragebogens ergebe sich aus einer "Nebenpflicht aus dem Arbeitsvertrag", kommt einer arbeitsvertraglichen Nebenpflicht zur Selbstdenunziation mit der wahrscheinlichen Folge des Berufsverbotes gleich. Umgekehrt wird das Prinzip der Unschuldsvermutung. Es genügt nicht das Bestreiten von Kontakten zum Ministerium für Staatssicherheit - gefordert wird auch die Mitteilung von Anhaltspunkten, die Zweifel an der Auskunft begründen können und eine Überprüfung erleichtern. Als Belastungsmomente werden der berufliche und gesellschaftliche Status erfaßt und Bildungsmaßnahmen. Dieser Fragebogen verstößt wahrscheinlich gegen Artikel 8, 9, 11 UNO-Menschenrechtskonvention und gegen die europäische Sozialcharta. Der Fragebogen verstößt gegen den Einheitsvertrag, der als Kündigungsgrund tatsächliche Verstöße gegen die Menschlichkeit und Tätigkeiten für das MfS festlegt, denn die Frage nach der Ablehnung einer MfS-Anwerbung impliziert, daß auch eine fehlgeschlagene Anwerbung eine Kündigung begründen kann.
- o Wenig einsichtig zeigt sich Sachsen nach verlorenen Prozessen. Die Weigerung, Beschäftigte nach einem erstinstanzlich obsiegenden Urteil weiterzubeschäftigen, verstößt gegen die einschlägige BAG-Rechtsprechung.

Durch ihre willkürlichen Entlassungen sorge die sächsische Landesregierung sogar dafür, daß sich MfS-Angehörige, die auch nach Auffassung der GEW nichts im Schuldienst verloren hät-

ten, mit Hilfe des GEW-Rechtsschutzes wieder in den Dienst klagten, "weil in den Kündigungsverfahren die selbstverständlichsten rechtsstaatlichen Grundsätze verletzt würden, klagte der GEW-Hauptvorstand schon im Oktober. Der sächsische GEW-Vorsitzende Matthias Höhn: "Das kann nicht der Weg der Säuberung im Bildungswesen sein... Mit dem jetzt geübten Verfahren werden .. die Falschen getroffen. Politische Belastung pauschal vorzuwerfen, um auf finanzpolitisch diktierte Lehrerstellenzahlen zu kommen, tragen wir dabei natürlich nicht mit. Maßstab ist für uns eine konkrete Einzelfallprüfung und keine öffentliche Vorverurteilung, wie sie derzeit praktiziert wird." Die Massenkündigungen erbringen somit im Ergebnis das Gegenteil des angeblich Beabsichtigten. Die sächsische GEW fordert deshalb ein Personalerneuerungsgesetz.

III.

Die Richtung in der Bewältigung der Vergangenheit der DDR hat Rudolf Wassermann vorgegeben (FAZ 2. Juli 1991, "Abwehrbereit ohne Vorbehalt der Richtung"). Die soziale Misere in den neuen Ländern stärke den Extremismus, SED und PDS würden sich "zu aktueller Systemopposition" aktivieren. "Unter solchen Umständen kommt den Schulen und Hochschulen .. maßgebliche Bedeutung für die Bildung demokratischen Verfassungsbewußtseins und damit für die Aktivierung des Prinzips der abwehrbaren Demokratie zu". Dort werde die "Schlacht um die freiheitliche Demokratie geschlagen" und deshalb könne "auf das Erfordernis der Verfassungstreue bei Beamten" nicht verzichtet werden, auch nicht "bei denen, die aus den neuen Ländern übernommen werden". Herbert Wehners heilsichtige Warnung vor der Berufsverbotepolitik erhält deshalb in diesen Tagen neue Aktualität.

In der alten Bundesrepublik Deutschland wurden stliche Versuche der Beschränkung der politischen Demokratie definiert als Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder sahen 1972 ein massives Instrument für diesen Zweck darin, den politischen Gegner den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verwehren und existenziell zu bedrohen. Diese Berufsverbote-Beschlüsse der Ministerpräsidenten erneuerten eine bestimmte deutsche Tradition, die über den Adenauer-Erlass, die Nazi-Gesetze, die Sozialistengesetze Bismarcks bis hin zur "Magna Charta" des autoritären Staates in Deutschland, den Karlsbader Beschlüssen, reichte.

Vom Tag der Beschlußfassung an trafen die Berufsverbote auf entschiedenen und im Ergebnis erfolgreichen Widerstand. Der Schlußpunkt der juristischen Auseinandersetzung war das Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland bei der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Ich plädiere für ein erneutes Verfahren vor der Internationalen Arbeitsorganisation zur Überprüfung der deutschen Berufsverbotepraxis. Die Gewerkschaften sind dabei gefordert wegen ihrer demokratischen Verpflichtung, wegen ihrer Aufgabe, für Arbeitnehmerrechte einzutreten, und wegen ihrer Verpflichtung gegenüber der von ihnen mitgetragenen ILO. Diese ist als internationale Organisation aufgrund ihrer Verfassung und der dadurch garantierten Neutralität das angemessene öffentliche Forum für diese Aufgabenstellung, der in der gegenwärtigen Situation des Einheitsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland niemand in dieser Weise nachkommen kann.

(-/25. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

(Der zweiten Teil und Schluß erscheint in unserer morgigen Ausgabe.)

**Die Demokratie-Probe steht noch bevor**  
**Zu den ersten Parlamentswahlen in Burkina Faso**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-afrikanischen Parlamentariergruppe

Burkina Faso geht einen mühsamen Demokratisierungsweg. Es ist der Weg der verordneten Demokratie von oben, es ist nicht der Weg der Demokratie von unten mit Nationalkonferenz und Übergangsregierung, in der der Prozeß der Demokratisierung von neuen politischen Kräften gestaltet und organisiert wird.

In Burkina Faso wird der Demokratisierungsprozeß von oben gesteuert, von dem Präsidenten Blaise Compaore, auf dem die schweren Schatten der Ermordung Thomas Sankaras und der darauffolgenden Periode blutiger Verfolgung politischer Gegner liegen.

Ein so eingeleiteter Demokratisierungsprozeß hat von Anfang an wesentliche demokratische Defizite.

In dem westafrikanischen Sahelstaat Burkina Faso waren eine neue Verfassung, legalisierte Oppositionsparteien und die Ankündigung erster freier Präsidentschafts- und Parlamentswahlen offenbar als ausgebesserte Fassade für eine Fortsetzung der diktatorischen Herrschaft Blaise Compaores gedacht. Nachdem der Staatschef die Umsetzung seines eigenen Programms der "transition" seit dem Verfassungsreferendum vom Juni 1991 mit allen Mitteln hintertrieben hat, stand seit Ende Oktober 1991 der politische Prozeß in Ouagadougou still.

Die Demokratisierung in Burkina Faso, die Präsident Blaise Compaore letztes Jahr versprochen und dem Namen nach eingeleitet hatte, ist nicht über schöne Worte hinaus gediehen. Die vier Kandidaten der Opposition zur Präsidentschaftswahl hatten einvernehmlich ihren Verzicht auf Teilnahme an den ersten pluralistischen Präsidentschaftswahlen vom 1. Dezember 1991 erklärt. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen ist kaum als demokratisch zu bezeichnen.

Anstelle der zuerst stattgefundenen Präsidentschaftswahlen hätten die Parlamentswahlen stattfinden müssen. Schon diese Reihenfolge läßt vermuten, das Compaore alles unternimmt, seine Macht zu erhalten.

Bei den Parlamentswahlen vom Sonntag, den ersten freien Parlamentswahlen seit 1978, bewarben sich 27 Parteien, also etwas weniger als die Hälfte von etwa 60 registrierten Parteien, mit etwa 1.000 Kandidaten. Dabei spielten Geld und/oder Personalmangel, aber auch politische Frustration und eine politisch nicht gerade ermutigende Motivation durch den übermächtigen Präsidenten eine Rolle.

Die demokratische Bewegung ist im Hinblick auf die Rahmenbedingungen eher gelähmt als in einer demokratischen Aufbruchstimmung.

Die vier wichtigsten Parteien sind

- ODPMT (Organisation Pour La Democratie Populairemouvement Du Travail),
- CNPPPSD (Convention Nationale Des Patriotes Progressistes Parti Social Democrate),
- RDA (Rassemblement Democratique Africain),
- ADF (Alliance Pour La Democratie Et La Federation).

Die politische Einstufung im westlichen Sinne ist nur schwierig vorzunehmen. Die Anhänger sind in den beiden großen Städten stärker vertreten, über das gesamte Land aber sehr unregelmäßig verteilt. Ein Wahlkampf mit den üblichen Aktivitäten findet praktisch nicht statt. Selbst die ODPMT, die Partei des Präsidenten, tritt im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl, wohl im Hinblick auf ihre schlechten Erfahrungen mit ihrem amerikanischen Wahlkampfstil bei der Präsidentschaftswahl, sehr leise auf, obwohl es ihr weder an Geld noch an Organisation mangelt. Der Präsident tritt äußerlich im Wahlkampf nicht in Erscheinung.

Fernsehen und Radio bringen regelmäßig Wahlsports.

Die Wahl findet unter Teilnahme internationaler, auch deutscher Wahlbeobachter statt. Der Wahlausgang ist offen. Nach dem sehr schlechten Abschneiden von Blaise Compaore bei den Präsidentschaftswahlen ein schlechtes Abschneiden. Man muß zur Beurteilung des Demokratisierungsprozesses in Burkina Faso abwarten, wie der Präsident Blaise Compaore die schwachen demokratischen Ansätze akzeptieren wird und wie er mit der politischen Opposition nach den Wahlen umgehen wird.

Die Demokratie-Probe in Burkina Faso steht noch bevor.

(-/25. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*